

## Antrag

**der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Dr. Michael Ependiller, Armin-Paulus Hampel, Dr. Heiko Heßenkemper, Nicole Höchst, Dr. Marc Jongen, Martin Reichardt, Peter Felser, Norbert Kleinwächter, Jörg König, Volker Münz, Tobias Matthias Peterka, Dr. Dirk Spaniel und der Fraktion der AfD**

### **Lernförderliche Bedingungen schaffen – Gelder für bundesweites Nachhilfeprogramm zielführend einsetzen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit Beginn der Coronavirus-Pandemie in Deutschland wurden die Schulen ab dem 16.03.2020 zunächst für zwölf Wochen geschlossen, um das Infektionsgeschehen zu verlangsamen (vgl. GEW Baden-Württemberg (18.04.2021); Corona-Rückblick 2020 und 2021; [www.gew-bw.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/corona-rueckblick-2020/](http://www.gew-bw.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/corona-rueckblick-2020/); letzter Zugriff: 19.04.2021). In der darauffolgenden Zeit führten Phasen des Hybridunterrichts, verlängerte Herbstferien und ein weiterer Lockdown seit November 2020 dazu, dass in Deutschland bis Februar 2021 pro Schüler inzwischen mindestens 500 Stunden Präsenzunterricht ausgefallen sind (vgl. bild.de (14.02.2021); Bildung und Corona: Lehrer sollen in Ferien und samstags arbeiten; [www.bild.de/politik/inland/politik-inland/bildung-und-corona-lehrer-sollen-in-ferien-und-samstags-arbeiten-75366878.bild.html](http://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/bildung-und-corona-lehrer-sollen-in-ferien-und-samstags-arbeiten-75366878.bild.html), letzter Zugriff: 19.04.2021).

In dieser Zeit sollten die durch den DigitalPakt vorhandenen technischen Möglichkeiten genutzt werden, um mittels Distanzunterricht den Unterrichtsbetrieb weiterhin aufrechtzuerhalten. Zeitnah wurde jedoch erkennbar, dass diese zur Kontaktvermeidung eingesetzte Unterrichtsform weder einen gleichwertigen Ersatz zum Präsenzunterricht bietet, noch effektiv den Lernverlust der Schüler verhindern kann. Das liegt sowohl daran, dass die Schulen bis heute nur unzureichend bis überhaupt nicht für diese Art des Unterrichts ausgestattet sind (vgl. Das Deutsche Schulportal (25.02.2021); Schulbarometer: Umfrage von Lehrern zur Corona-Krise mit Infografik; <https://deutscheschulportal.de/unterricht/lehrer-umfrage-deutsches-schulbarometer-spezial-corona-krise-folgebefragung/>; letzter Zugriff: 19.04.2021), ist aber vor allem darauf zurückzuführen, dass für einen gelingenden Bildungsprozess die persönliche Interaktion zwischen Lehrer und Schüler unentbehrlich ist (vgl. John Hattie, Visible Learning: A synthesis of over 800 meta-analyses relating to achievement, London 2009; S. 239).

Forschungsergebnisse des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo-Institut) zur Bildung während der Pandemie untermauern die ungünstigen Bedingungen, die durch den Distanzunterricht geschaffen werden. Demnach wäre die von den Schülern aufgebrauchte Lernzeit von vormals durchschnittlich

7,4 auf 3,6 Stunden gesunken. 38 Prozent der Schüler hätten höchstens zwei Stunden, 74 Prozent maximal vier Stunden am Tag gelernt. Ferner hätte mehr als die Hälfte der Schüler (57 Prozent) weniger als einmal pro Woche gemeinsamen Online-Unterricht durchgeführt, nur 6 Prozent täglich. Noch seltener wäre es zu einem persönlichem Kontakt zwischen Schülern und ihren Lehrern gekommen (vgl. ifo-Institut (05.08.2020): Corona-Krise halbierte bei Kindern die Zeit für die Schule; [www.ifo.de/node/57298](http://www.ifo.de/node/57298); letzter Zugriff: 19.04.2021).

Besorgniserregend sind auch die Ergebnisse der repräsentativen COPSY-Studie zur seelischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf. Demnach empfinden die befragten 11- bis 17-Jährigen die Bewältigung des schulischen Alltags zunehmend als äußerst belastend; das individuelle Empfinden einer geminderten Lebensqualität ist von 15,3 Prozent vor der Pandemie auf 40,2 Prozent während der ersten Welle (Mai bis Juni 2020) angestiegen (vgl. U. Ravens-Sieberer et al. (01.03.2021): Seelische Gesundheit und psychische Belastungen von Kindern und Jugendlichen in der ersten Welle der Covid-19-Pandemie – Ergebnisse der COPSY-Studie; <https://doi.org/10.1007/s00103-021-03291-3>, letzter Zugriff: 19.04.2021).

Eine Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen für Kinder und Jugendliche lässt sich hingegen nicht erkennen. Weder gibt es eine eindeutige Studienlage, die die Wirksamkeit von Schulschließungen, Maskenpflicht usw. sicher belegt, noch sind die erzielten positiven Effekte auf die Ausbreitung von COVID-19 innerhalb der Bevölkerung zweifellos nachgewiesen (vgl. S. Walsh et al. (04.01.2021); Do school closures reduce community transmission of Covid-19? A systematic review of observational studies; <https://doi.org/10.1101/2021.01.02.21249146>, letzter Zugriff: 19.04.2021). Dagegen bestätigen jedoch zahlreiche Studien, u. a. auch eine Folgestudie zur Lebensqualität und mentalen Gesundheit des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf, die gravierenden negativen Auswirkungen auf die physische und psychische Konstitution von Kindern und Jugendlichen (vgl. U. Ravens-Sieberer et al. (10.03.2021): Quality of Life and Mental Health in Children and Adolescents during the First Year of the Covid-19 Pandemic in Germany: Results of a Two-Wave Nationally Representative Study; <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3798710>; letzter Zugriff: 19.04.2021): Bis Ende 2020 haben Depressionen, Ängste und psychosomatische Beschwerden durch Maskierung, soziale Isolation und die Unterdrückung tiefster Bedürfnisse nach Freundschaft und gemeinsamem Spiel weiter zugenommen.

Mittlerweile warnt auch das ifo-Institut vor den ökonomischen Folgen des Distanzunterrichts (vgl. [spiegel.de](http://spiegel.de) (21.01.2021); Schulausfall kostet zukünftige Generationen bis zu 3,3 Billionen Euro; [www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/corona-schulausfall-kostet-zukuenftige-generationen-bis-zu-3-3-billionen-euro-a-5339a3a9-667b-4049-a2f7-a088b41f0e77](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/corona-schulausfall-kostet-zukuenftige-generationen-bis-zu-3-3-billionen-euro-a-5339a3a9-667b-4049-a2f7-a088b41f0e77), letzter Zugriff: 19.04.2021). Eine Modellrechnung des Bildungsexperten Ludger Wößmann demonstriert, dass Schulschließungen von einem Drittel des Schuljahres für Deutschland eine Minderung des Bruttoinlandsprodukts um 2,56 Billionen Euro über 80 Jahre hinweg bedeuten könnten (vgl. L. Wößmann (10.06.2020): Folgekosten ausbleibenden Lernens: Was wir über die Corona-bedingten Schulschließungen aus der Forschung lernen können; [www.ifo.de/publikationen/2020/aufsatz-zeitschrift/folgekosten-ausbleibenden-lernens-was-wir-ueber-die-corona](http://www.ifo.de/publikationen/2020/aufsatz-zeitschrift/folgekosten-ausbleibenden-lernens-was-wir-ueber-die-corona), letzter Zugriff: 19.04.2021).

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln hält milliardenschwere staatliche Investitionen für erforderlich, damit die pandemiebedingten Lerndefizite ausgeglichen werden können. Betroffen seien laut IW-Studie etwa 1,5 Millionen Schulkinder. Die Kosten zur benötigten Förderung von rund 100 Stunden pro Person beliefen sich auf etwa 1,54 Milliarden Euro (vgl. Institut der deutschen Wirtschaft (10.03.2021): Bildungsdefizite schnell beheben; [www.iwkoeln.de/studien/gutachten/beitrag/christina-anger-axel-pluenecke-bildungsdefizite-schnell-beheben.html](http://www.iwkoeln.de/studien/gutachten/beitrag/christina-anger-axel-pluenecke-bildungsdefizite-schnell-beheben.html); letzter Zugriff: 19.04.2021). Gleichmaßen fordert auch der Deutsche Lehrerverband eine Summe

von 2 Milliarden Euro, um die entstandenen Lerndefizite in angemessener Weise kompensieren zu können (vgl. Deutscher Lehrerverband (12.04.2021); Deutscher Lehrerverband fordert 2 Milliarden Euro für umfassendes Bildungsförderprogramm. [www.lehrerverband.de/umfassendes-bildungsfoerderprogramm/](http://www.lehrerverband.de/umfassendes-bildungsfoerderprogramm/); letzter Zugriff: 28.04.2021).

Länder wie die USA, Großbritannien, aber auch die Niederlande haben bereits finanzielle Mittel im höheren ein- und dreistelligen Milliardenbereich verfügbar gemacht, um die coronabedingten Lernverluste über den gesamten Bildungsbereich hinweg auszugleichen. Während Großbritannien schon im Juni des vergangenen Jahres eine Summe von umgerechnet 2 Milliarden Euro investierte, wurden in den Niederlanden Mitte Februar 2021 allein 8,5 Milliarden Euro für ein Nationales Bildungsprogramm verabschiedet (vgl. Ministerie van Onderwijs, Cultuur en Wetenschap. (15.03.2021). 8,5 miljard euro voor Nationaal Programma Onderwijs. Nieuwsbericht | Rijksoverheid.nl. [www.rijksoverheid.nl/onderwerpen/coronavirus-covid-19/nieuws/2021/02/17/85-miljard-euro-voor-nationaal-programma-onderwijs](http://www.rijksoverheid.nl/onderwerpen/coronavirus-covid-19/nieuws/2021/02/17/85-miljard-euro-voor-nationaal-programma-onderwijs), letzter Zugriff: 19.04.2021). Zwar werden sowohl das niederländische als auch das britische Bildungssystem zentral verwaltet, dennoch handelt es sich bei dem niederländischen Förderprogramm um eine massive Investition, die umgerechnet auf die Bevölkerungszahl einem Volumen von 40 Milliarden Euro in Deutschland entspräche (vgl. [tagesspiegel.de](http://tagesspiegel.de) (24.03.2021); Corona-Lernrückstände von Kindern: Bei Hilfen für Schulen sind andere Länder uns weit voraus; [www.tagesspiegel.de/wissen/corona-lernrueckstaende-von-kindern-bei-hilfen-fuer-schulen-sind-andere-laender-uns-weit-voraus/27037324.html](http://www.tagesspiegel.de/wissen/corona-lernrueckstaende-von-kindern-bei-hilfen-fuer-schulen-sind-andere-laender-uns-weit-voraus/27037324.html); letzter Zugriff: 19.04.2021).

Um die pandemiebedingten Lernrückstände zu kompensieren, hat sich die Bundesregierung dafür ausgesprochen, ein bundesweites Nachhilfeprogramm im Umfang von 1 Milliarde Euro auf den Weg zu bringen (vgl. Zweites Deutsches Fernsehen (27.03.2021); Karliczek plant Nachhilfeprogramm für Schüler; [www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/corona-nachhilfe-schueler-karliczek-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/corona-nachhilfe-schueler-karliczek-100.html), letzter Zugriff: 19.04.2021).

Da der Staat durch die auch vom Bund mit durchgesetzten Schulschließungen seinem Bildungsauftrag während der Pandemie nur unzureichend nachgekommen ist, steht er in der Pflicht, das Bildungsversprechen gegenüber der schulpflichtigen Generation auf geeignete Art und Weise nachträglich einzulösen. Dafür sind die bisher von der Bundesregierung angekündigten Maßnahmen aus Sicht der Antragsteller vollkommen unzureichend.

- II. Um die entstandenen Lernrückstände auszugleichen und weitere Schulschließungen zu verhindern, fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,
  1. die von der Bundesregierung in Aussicht gestellte Summe von 1 Milliarde Euro für ein bundesweites Nachhilfeprogramm in Anlehnung an die Forderung des deutschen Lehrverbands auf einen Betrag von 2 Milliarden Euro zu erhöhen, um so im Rahmen einer Sofortmaßnahme jedem Schüler ein verbindliches Angebot zu machen, das Versäumte auf angemessene Weise nachholen zu können;
  2. durch ein bundesweites Forschungsprojekt zunächst zügig den Umfang der entstandenen Lernrückstände zu ermitteln. Auf Basis der dabei festgestellten Lerndefizite gemeinsam mit den Ländern entsprechende Konzepte für Fördermaßnahmen zu entwickeln;
  3. gemeinsam mit den Ländern stimmige und konsistente Hygiene- und Schutzkonzepte zu entwickeln und zügig umzusetzen, um allen Schülern umgehend wieder Präsenzunterricht zu ermöglichen und weitere Schulschließungen zu vermeiden;

4. die Bundesländer in die Lage zu versetzen, durch massive Investitionen in neues Lehrpersonal kleinere Klassen einrichten zu können, in denen bei Andauern oder Wiederkehr der Pandemie die Aufrechterhaltung des Präsenzunterrichts leichter möglich ist;
5. die Bundesländer darin zu unterstützen, durch massive Investitionen in neue Schulgebäude und in die Sanierung bestehender Gebäude unser Bildungswesen „corona-resistent“ zu machen und so in Zukunft Schulschließungen zu verhindern;
6. eine Studie auf den Weg zu bringen, die die möglichen negativen gesundheitlichen, sozialpsychologischen und pädagogischen Folgen einer Masken- und Testpflicht aufzeigt;
7. keine allgemeine Masken- und Testpflicht zu propagieren, bevor deren mögliche negative Folgen insbesondere für jüngere Kinder nicht genau bekannt sind und mit dem möglichen Nutzen abgewogen werden können;
8. von einer allgemeinen Masken- und Testpflicht für kleinere Kinder und Grundschüler generell abzusehen;
9. die Länder, die noch an einer verkürzten, achtjährigen Gymnasialzeit festhalten, aufzufordern, wieder zu G-9 zurückzukehren, um den Schülern mehr Zeit zum Lernen zu geben;
10. im Zusammenwirken mit den Ländern eine gesetzliche Regelung zur Durchführung von Hausunterricht mit staatlichen Halbjahres- und Jahresprüfungen für die Grund- und Mittelstufe auf den Weg zu bringen. Der Hausunterricht soll durch geprüfte Hauslehrer oder bei Eignung auch durch die Eltern selbst durchgeführt werden können. Abschlussprüfungen werden unter Aufsicht des Staates durchgeführt.

Berlin, den 29. April 2021

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**